

Antrag der Fraktion der CDU

Bremen und Bremerhaven brauchen kostenfreies, öffentliches WLAN

Das Internet ist das zentrale Medium der heutigen Gesellschaft und ist aus Unternehmen, Schulen, Universitäten und dem alltäglichen Leben nicht mehr wegzudenken. Mit der Einführung und Weiterentwicklung mobiler Endgeräte hat sich das Nutzenpotential dieser Technologie abermals vervielfacht. Für viele Lebens- und Arbeitsgewohnheiten ist ein ständiger Zugang zum Internet Grundvoraussetzung.

Während in anderen Ländern teilweise schon breite Angebote öffentlichen WLANs existieren, kommt der Ausbau in Deutschland nur langsam voran. Insbesondere rechtliche Bedenken hinsichtlich der Anbietersicherheit und des Datenschutzes stehen einer zügigen Umsetzung immer wieder im Wege. Zwar gibt es eine Reihe einzelner Angebote von Unternehmen, Bildungseinrichtungen und privater Initiativen, jedoch werden diese vermutlich nie eine flächendeckende Abdeckung realisieren können, zumal die Zielsetzungen dieser Netzwerke in vielen Fällen nicht mit denen eines frei zugänglichen WLAN-Netzwerkes kompatibel sind. Trotz der rechtlichen Bedenken haben auch Städte und Gemeinden in Deutschland Möglichkeiten gefunden, ein kostenfreies, öffentliches WLAN anzubieten, wie es beispielsweise Berlin tut. Eine Möglichkeit besteht darin, in Kooperation mit einem Telekommunikationsanbieter bestimmte illegale Seiten mithilfe eines Filters zu blocken. Dadurch wird das Risiko ausgeschlossen, dass sich der Anbieter eines öffentlichen WLANs für etwaige illegale Inhalte seiner Nutzer strafbar macht.

Angesichts der schon jetzt immensen Bedeutung für Wirtschaft, Tourismus und Kommunikation muss Bremen daher ein hohes Interesse an einer zügigen Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen haben, um so im Rahmen einer „Smart City“-Strategie den Ausbau städteweiter Netzwerke in Bremen und Bremerhaven vorantreiben und die Entwicklung neuer Services ermöglichen zu können.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, umgehend ein Konzept zum stufenweisen Auf- und Ausbaus eines kostenfreien, öffentlichen WLANs im Land Bremen vorzulegen und mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven abzustimmen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene aktiv für die Schaffung von Rechtssicherheit für Anbieter und Nutzer öffentlicher WLAN-Netzwerke einzusetzen. Darüber hinaus fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat zur Vorlegung eines Strategieplans zum stufenweisen Auf- und Ausbau eines öffentlichen WLANs in Bremen und Bremerhaven auf.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in einem ersten Schritt in Zusammenarbeit mit einem Telekommunikationsanbieter ein kostenfreies, öffentliches WLAN in der Bremer Innenstadt aufzubauen, bei der noch vorhandene Rechtsunsicherheiten durch technische Lösungen (z. B. Filter) ausgeräumt werden.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr bis zum 31. März 2015 einen Bericht über die eingeleiteten Aktivitäten vorzulegen.

Claas Rohmeyer, Susanne Grobien, Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion
der CDU